

---

**Vorsitz: Serbien****1070. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 8. Oktober 2015

Beginn: 10.10 Uhr

Unterbrechung: 13.00 Uhr

Wiederaufnahme: 15.05 Uhr

Schluss: 18.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter V. Žugić  
Botschafter S. Milinković

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: PRÄSENTATION DES GESAMTHAUSHALTS-  
VORANSCHLAGS 2016 DURCH DEN  
GENERALSEKRETÄR DER OSZE

Vorsitz, Generalsekretär, Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit Andorra und der Ukraine) (PC.DEL/1290/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1269/15) (PC.DEL/1271/15), Russische Föderation (PC.DEL/1286/15), Türkei (PC.DEL/1310/15 OSCE+), Schweiz, Kanada (PC.DEL/1281/15 OSCE+), Ukraine (PC.DEL/1315/15 OSCE+), Aserbaidshan (PC.DEL/1292/15 OSCE+), Armenien, Norwegen

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES VORSITZES DER INFORMELLEN  
ARBEITSGRUPPE „BEITRAGSSCHLÜSSEL“

Vorsitz, Vorsitz der informellen Arbeitsgruppe „Beitragsschlüssel“ (PC.DEL/1260/15 OSCE+), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; sowie mit dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina)

(PC.DEL/1293/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1270/15), Russische Föderation (PC.DEL/1289/15), Kanada (PC.DEL/1280/15 OSCE+) Ukraine (PC.DEL/1316/15 OSCE+), Aserbaidshjan, Belarus (PC.DEL/1273/15 Restr.), Schweiz, Kasachstan

Punkt 3 der Tagesordnung: **BERICHT DES OSZE-VERTRETERS IN DER  
GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN  
KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE  
MILITÄRANGEHÖRIGE**

Vorsitz, OSZE-Vertreter in der gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige (PC.FR/35/15 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/1285/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1276/15), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und der Ukraine) (PC.DEL/1291/15)

Punkt 4 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Vor Eintritt in Punkt 4 (a) der Tagesordnung gaben der Vorsitz und Frankreich (auch im Namen Deutschlands) (Anhang) Erklärungen ab.

- (a) *Fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und anhaltende Verletzungen der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch die Russische Föderation:* Ukraine (PC.DEL/1317/15 OSCE+), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1295/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1275/15) (PC.DEL/1306/15) (PC.DEL/1307/15), Türkei (PC.DEL/1302/15 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1284/15 OSCE+), Kanada (PC.DEL/1282/15 OSCE+), Norwegen
- (b) *Die Lage in der Ukraine und die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen:* Russische Föderation (PC.DEL/1288/15), Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika
- (c) *Entführung und widerrechtliches Festhalten ukrainischer Staatsbürger durch die Russische Föderation:* Ukraine (PC.DEL/1318/15 OSCE+), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der

Ukraine) (PC.DEL/1301/15), Kanada (PC.DEL/1314/15 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1277/15)

- (d) *Jüngste Ereignisse in Tadschikistan*: Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen) (PC.DEL/1298/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1278/15), Schweiz (PC.DEL/1311/15/Rev.1 OSCE+), Kanada (PC.DEL/1313/15 OSCE+), Tadschikistan (PC.DEL/1274/15 OSCE+)
- (e) *Parlamentswahl in Kirgisistan am 4. Oktober 2015*: Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1296/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1308/15), Kanada (PC.DEL/1312/15 OSCE+), Russische Föderation, Norwegen, Kirgisistan
- (f) *Erklärung der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE zu den jüngsten Entwicklungen im Berg-Karabach-Friedensprozess*: Frankreich (auch im Namen der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen) (PC.DEL/1283/15), Armenien, Türkei
- (g) *Die Lage in den besetzten Gebieten der Republik Aserbaidschan*: Aserbaidschan (PC.DEL/1294/15 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1305/15)
- (h) *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension vom 21. September bis 2. Oktober 2015 in Warschau*: Russische Föderation, Polen, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1304/15), Ukraine, Luxemburg – Europäische Union, Norwegen, Kanada, Vorsitz
- (i) *Mandatsverletzung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte*: Aserbaidschan (PC.DEL/1297/15 OSCE+) (PC.DEL/1300/15 OSCE+), Luxemburg – Europäische Union, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1303/15), Kanada, Vorsitz, Norwegen
- (j) *Die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten von Amerika*: Norwegen (auch im Namen Islands, Liechtensteins und der Schweiz), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik

Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1299/15), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1309/15)

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

keine

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALEKRETÄRS**

*Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/179/15 OSCE+): Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels*

Punkt 3 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Mittelmeerkonferenz der OSZE 2015 zum Thema „Gemeinsame Sicherheit im Mittelmeerraum – Herausforderungen und Chancen“ am 20. und 21. Oktober 2015 in Jordanien: Deutschland*
- (b) *Herbsttagung der Parlamentarische Versammlung der OSZE vom 15. bis 18. September 2015 in Ulan Bator: Parlamentarische Versammlung der OSZE, Mongolei*
- (c) *Erweiterte Klausur am 6. November 2015: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 15. Oktober 2015, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**1070. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1070, Punkt 3

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS  
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS)**

Herr Vorsitzender,

im Namen Frankreichs und Deutschlands möchte ich über die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs im „Normandie-Format“ berichten, das am Freitag, dem 2. Oktober, in Paris stattfand.

Die vier Staats- und Regierungschefs im „Normandie-Format“ kamen am Freitag, dem 2. Oktober, in Paris zusammen. Es war dies der erste Gipfel dieser Art seit Februar 2015. Der Normandie-Prozess ist relevanter denn je, ist ihm doch die Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen von 2014, die Herbeiführung der Waffenruhe, die heute eingehalten wird, sowie die Abhaltung dieses Pariser Gipfeltreffens 2015 zu verdanken. Die Parteien haben bekräftigt, an diesem Format festzuhalten und zur Teilnahme an Verhandlungen in diesem Rahmen bereit zu sein.

Dieser Gipfel bot Gelegenheit zu einer Evaluierung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und zur Fortführung des Prozesses zur Umsetzung des gesamten Maßnahmenpakets.

Die fast fünf Stunden dauernden Erörterungen waren konstruktiv und galten im Wesentlichen dem politischen Prozess, um dessen Fortsetzung sicherzustellen und „alle Dimensionen des Abkommens von Minsk zu verwirklichen“. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die Unterzeichner des Maßnahmenpakets die Minsker Vereinbarungen auch weiterhin umsetzen, in allen Dimensionen und so rasch wie möglich.

Herr Vorsitzender,

bei diesem Gipfel wurden die sicherheitspolitischen, politischen, humanitären und wirtschaftlichen Komponenten erörtert.

Die sicherheitspolitische Komponente stand ganz oben auf der Tagesordnung; die Beruhigung der Lage im Osten muss weitergehen, die Waffenruhe gefestigt werden. Der Abzug der Panzer, der kleinkalibrigen Artillerie und der Mörser sollte ab Samstag, dem

3. Oktober, null Uhr, erfolgen, was auch tatsächlich geschehen ist; der Abzug der schweren Waffen sollte zu ähnlichen Modalitäten wieder aufgenommen werden, womit sich ab nun die Gruppe „Sicherheit“ befasst. Man einigte sich auch darauf, dass die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die OSZE ihre Mission erfüllen kann: keine Bedrohung, keine Behinderung und vollständige Bewegungsfreiheit bis zur internationalen Grenze.

Frankreich und Deutschland sind bereit, ihre Bemühungen zur Erleichterung der Beseitigung der in der Konfliktzone befindlichen explosiven Kampfmittelrückstände fortzusetzen. Der politische Prozess muss daher – selbst wenn er länger dauert – in Gänze bis zur letzten „unerlässlichen“ Etappe umgesetzt werden, das heißt bis zur vollständigen Kontrolle der Außengrenze der Ukraine. Zu diesem Zweck wurden mehrere Etappen vereinbart, unter anderem auch ein „Etappenbericht“, der bei einem Treffen der Außenminister Anfang November erfolgen soll. Wir begrüßen uneingeschränkt die gestern bekannt gegebene Entscheidung der Separatisten, die vor einigen Wochen einseitig angekündigten Wahlen nicht abzuhalten. Diese Erklärung steht im Einklang mit der auf dem Gipfeltreffen in Paris erzielten Vereinbarung, dass alle Parteien sich einseitiger Handlungen enthalten müssen, die den Minsker Vereinbarungen zuwiderlaufen.

Mit dem Vorschlag einer zeitlichen Staffelung der einzelnen Elemente des Prozesses, die alle Beteiligten zufrieden stellen (Wahlen in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Luhansk, Umsetzung des Sonderstatus, erst zeitlich befristet, dann unbefristet, Amnestiegesetz), hat der Pariser Gipfel neue Möglichkeiten eröffnet.

Die Parteien einigten sich darauf, in der Gruppe „Politik“ und in Absprache mit den Separatisten eine gesetzliche Grundlage für die Wahlen in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Luhansk auszuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die Wahl nach ukrainischem Recht und im Einklang mit den OSZE-Normen erfolgt. Die Wahlen sind nach der Verabschiedung dieses Gesetzes anzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt wird dann der Sonderstatus – zunächst befristet – in Kraft treten und danach endgültig verabschiedet werden, sobald die OSZE die Wahlergebnisse bestätigt hat. Wir müssen nun alle, jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten, die Umsetzung dieses Prozesses begleiten und unterstützen.

Das Amnestiegesetz wird am Tag nach dem Urnengang wirksam.

In Bezug auf die humanitäre Komponente wurde die Lage der UN-Organisationen und der humanitären Organisation erörtert. Man vereinbarte, dass weitere Kontrollposten geöffnet und die Verwaltungsverfahren für die Registrierung und den Transit humanitärer Hilfe erleichtert werden müssen (Stichwort: *no red tape*).

In Bezug auf die wirtschaftliche Komponente wurde auf das jüngste Gasabkommen zwischen Russland und der Ukraine, das von der Europäischen Union vermittelt wurde, verwiesen. Die tatsächliche Umsetzung ist im Auge zu behalten.

Anfang November wird ein weiteres Treffen der Außenminister im Normandie-Format stattfinden.

Herr Vorsitzender, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der Sitzung.